Beilage des „Neuen Vorwärts" Nr. 2

Schule im Dritten Reich

Versailles in den Schulen.

Gedächtnisreden am 28. Juni.

Der preußische Kultusminister Rust hat angeordnet, daß am 28. Juni, dem Tag der Unterzeichnung in Versailles, die Anstaltsleiter in allen Schulen die Schüler auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen haben.

Diese Anregung ist besonders aktuell, nachdem soeben der Reichskanzler Adolf Hitler durch Paraphierung des Viererpakts feierlich den Vertrag von Versailles für weitere 10 Jahre anerkannt hat.

Noch einiges andere wäre in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Z. B., daß die Oberste Heeresleitung schon am 29. September, 40 Tage vor dem „Novemberverbrechen", von der Reichsregierung verlangt hatte, sie solle um Waffenstillstand und Frieden bitten, daß aber die Regierung dagegen Einspruch erhob, weil durch ein solches überstürztes Friedensgesuch — nach den vorangegangenen falschen Siegesnachrichten — alles verloren sei,

daß die Regierung, die solche Bedenken äußerte, die erste war, in der Sozialdemokraten, also sog. „Novemberverbrecher", saßen, und daß überhaupt die Legende vom Dolchstoß die schmutzigste Geschichtslüge ist, die jemals erfunden wurde.

Vielleicht können die Schulleiter in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß der bürgerliche Demokrat Rathenau damals gegen Versailles die „levée en masses" predigte, worauf er ein paar Jahre später von Nazis ermordet wurde und worauf wieder einige Jahre später der Reichsminister Seldte am Grabe seiner Mörder zwei Kränze niederlegte.

Ferner, daß das von Nationalsozialisten zerstörte Denkmal des am 4. September 1914 gefallenen kriegsfreiwilligen Marxisten und Juden Ludwig Frank in Mannheim nicht wiederhergestellt worden ist.

Zweckmäßig wäre in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, daß Scheidemann und Landsberg ihre Aemter als Ministerpräsident und Justizminister der Deutschen Republik niederlegten, weil sie sich nicht dazu entschließen konnten, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen und daß sie dafür jetzt als gehetzte Emigranten im Ausland leben, während der freiwillige Verlängerer des Friedens von Versailles, Reichskanzler Adolf Hitler, sich in Oberbayern ein Schloß baut.

Gedenkreden über Versailles in den Schulen wären also schon eine gute Sache, wenn nur erlaubt wäre, die Wahrheit zu sagen!

*

Hitlerreden auswendig lernen

Ein Leiter einer Volksschule erhält den Befehl: Die Rede des Reichskanzlers Hitler im Reichstag ist in den oberen Klassen auswendig zu lernen.

Das Kollegium wird zur Konferenz befohlen. Doch da stellt sich heraus, daß niemand vom ganzen Kollegium, auch von den deutschnationalen Lehrern, ein solches Exemplar der Hitlerrede besitzt, und auch niemand kann sie auswendig.

Ein Lehrer erklärt, ehe die Rede von den Kindern auswendig gelernt werden könne, müsse die Behörde ihm erst ein Exemplar der Rede zustellen, und außerdem brauchte man doch einen Leitfaden, wie die Rede durchzunehmen sei. Ein junger Zeichenlehrer, der gerne etwas werden will, erbietet sich, die Rede für jede Klasse in Schönschrift und künstlerischer Aufmachung herzustellen, damit sie in jeder Klasse aufgehängt werden könnte. Dieser Vorschlag wird aber mit Entrüstung abgelehnt, weil durch das Aufhängen der Rede dem Schulrat eine bequeme Gelegenheit gegeben würde, nachzuprüfen, ob die Rede richtig auswendig gelernt sei. Ohne ein solches Hilfsmittel würde der Schulrat sich hüten, die Rede abzufragen, da er sie selbst nicht auswendig könne ...

Es lebe die freie Wissenschaft!

Herr Universitätsprofessor Dr. Eduard Spranger, der an der Berliner Universität Philosophie und Pädagogik lehrt, hält die freiheitlichen Ueberlieferungen deutscher Wissenschaft hoch! Er erträgt nicht die Schmachbedingungen, die der nationalsozialistische Studentenausschuß gestellt hat. Also stellt er sein Amt zur Verfügung.

Doch dann hat er eine huldvolle Audienz bei dem Kultusminister Rust und überzeugt sich, daß sein Schritt voreilig war. Die Schandbedingungen bleiben, wer außerdem bleibt, ist Herr Professor Spranger. Und er arbeitet an einer philosophischen Begründung über den sittlichen Wert der neuen deutschen Freiheit ... ..

Wie man Christen macht.

„Ich rate Ihnen dringend", so sprach nach einer gelungenen Lektion der wohlwollend freundliche nationalsozialistische Schulrat zu der ausgezeichneten dissidentischen Lehrerin, „evangelisch zu werden, sonst kann ich Sie, so leid es mir tut, nicht halten." „Paris ist eine Messe wert. — Meine Lebensarbeit ist schon diese Geste wert.", sagt sich die Lehrerin. Sie ist eine katholische Dissidentin und hat mehr als acht Jahre an einer weltlichen Schule in einer evangelischen Stadt unterrichtet.

Sie geht also zu dem evangelischen Pfarrer. Er empfängt sie freundlich und ist gern bereit, eine Seele zu retten Aber die Bestimmungen verlangen sechs Monate unterrichtliche Vorbereitungen, und außerdem gibt es noch eine besondere Schwierigkeit: der Pfarrer geht acht Wochen auf Urlaub. Aber er ist wohlwollend, also wird vereinbart, daß die Lehrerin gleich diese Unterredung als den Beginn des Unterrichtes ansieht. So werden zwei Monate gespart.

Inzwischen aber erfährt der eifervolle Superintendent von dem Fall. Er ist frommer Christ, strammer Nationalsozialist und ein tüchtiger Vertreter der Religion der Liebe. Er sucht also die Lehrerin auf, und nachdem er sich in einem Gespräch von wenigen Minuten von den „ernsten" Absichten der katholischen Dissidentin überzeugt hat, telefoniert er mit seinem nachgeordneten Kollegen und stellt der Lehrerin im Einvernehmen mit dem zuständigen Pfarrer die Bescheinigung aus.

Jetzt ist sie eine „treudeutsche, evangelische Christin."

Dem Lehrer X. erging es etwas weniger gut. Er ist seit fünf Jahren Dissident. Der Pfarrer ist ein geschäftstüchtiger Mann, er verlangt, daß die Kirchensteuer für fünf Jahre nachgezahlt wird. Doch dazu ist Herr X. nicht in der Lage. Man handelt. „20 Rm. Kirchensteuer." „Zu viel, das verträgt mein gekürztes Gehalt nicht." „10 Reichsmark." „Noch zu viel." Schließlich bleibt es bei fünf Mark, mit dem Versprechen, daß der Lehrer X. bei der kommenden Volkszählung sich schon als „evangelisch" einträgt. Herr X. wird das tun, denn Geschäfte soll man auf Treu und Glauben abschließen.

Und wenn das Geld im Kasten klingt,
die Seele vom „Marxismus" in den wahren Glauben springt.

Tetzel war ein Waisenknabe gegen die neudeutschen evangelischen Apostel des Dritten Reiches.

Wir aber sagen mit Hoffmann von Fallersleben:

O, Knüppel aus dem Sack!
Aufs Hundepack, aufs Lumpenpack!

Von Goethe zu Hitler

Der im Bereiche des Bezirksamtes Wedding liegende „Goethe-Park" soll in „Adolf-Hitler-Park" umbenannt werden.

Fritz Klein muß wandern!

„DAZ" und „Germania" gleichgeschaltet.

Nun hat auch den bisherigen Chefredakteur der „Deutschen Allgem. Zeitung", Dr. Fritz Klein, sein Schicksal erreicht. Das Dreimonat-Verbot des Blattes, das wegen seines Artikels über den deutsch-österreichischen Bruderkrieg verhängt worden war, ist nach 17 Tagen wieder aufgehoben worden — aber die wiedererschienene „Deutsche Allgem. Zeitung" sieht Dr. Fritz Klein als Chefredakteur nicht mehr.

Die „DAZ" war unter Dr. Fritz Kleins Leitung das Organ einflußreicher Industrie-, Handels- und Schiffahrtskreise, die den Kampf Hitlers gegen die Arbeiterbewegung früher gerne gesehen hatten, jetzt aber, nach Hitlers Machtergreifung, dem „Nationalspartakismus" kritisch gegenüberstanden. Einige Monate lang genoß Fritz Klein innerhalb der gleichgeschalteten Berliner Journalistik eine bevorzugte Stellung, der Einfluß der hinter ihm stehenden Wirtschaftsmächte und die Tatsache, daß er selber früher schon lebhaft für das Heranlassen der Nazis eingetreten war, verschafften ihm das Recht, sei es auch in verklausulierter Form, eine eigene Meinung zu äußern. So wurde die „DAZ" zu der deutschen Zeitung, die ein anständiger Mensch lesen konnte, ohne zu erbrechen.

Je toller jedoch das Treiben der neuen Herren wurde, desto schwieriger wurde Kleins Aufgabe. Schließlich übte er an dem idiotischen Skandal des Oesterreich-Konfliktes so deutlich Kritik, daß die Kiste platzte. Der Fall der „DAZ" beweist, daß im Dritten Reich Kritik an den Machthabern, selbst in der vorsichtigsten Form, nicht möglich ist und daß auch sonst großmächtige Kapitalistenkreise jetzt auf die Freiheit eines öffentlich ausgesprochenen eigenen Urteils verzichten müssen.

Schon lange vor der „DAZ" hatte das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", äußerste Vorsicht und Rückhaltung geübt. Aber auch das hat nichts genützt. Der Zentrumsmann Gries hat dem Vertrauensmann Papens, Dr. Ritter, weichen müssen. An Stelle der Arbeitervertreter Giesberts und Ersing kommt der westfälische Baron v. Twickel in den Aufsichtsrat. Die „Germania" hat aufgehört, ein Zentrumsorgan zu sein.

Gibt es noch immer einen Menschen, der glaubt, unter den heutigen Umständen könne in Berlin ein „Vorwärts" erscheinen, der seinen Namen verdient?

Lied der „Zwölf unterwegs"

Von Peter Munk.

Zu singen an Straßenecken, in Kabaretts und Schankstätten jenseits der deutschen Grenzen.

In Nacht und Nebel, den Hut im Gesicht,
Durch Dörfer und Städte und Straßen,
Ein Hemd auf den Leib und im Rucksack den Haß,
So haben wir Deutschland verlassen.
Ich bin aus Frankfurt, und ich aus Berlin.
Ich wollte nach Zürich, und ich nach Wien.
Zwölf unterwegs, die nicht fragen wohin,
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Wir sind die Soldaten der großen Armee,
Die sich sammelt, um weiterzukämpfen,
Wir sind die Besiegten von gestern und je,
Wir kämpfen für eine Menschheitsidee
Und für die Gesellschaft von morgen.
Mit uns ist die Zukunft, mit uns ist der Geist
Von Goethe und Lessing und Herder und Kleist
Ueber die Grenzen gegangen.
Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus,
Die halten es nicht mehr in Deutschland aus.
Die schmeißen den ganzen Krempel hin,
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Herunter die Maske, herunter den Bart,
Wir wollen nicht länger krepieren.
Wir zeigen euch heute, wie Deutschland erwacht,
Wir rufen es laut in dunkelste Nacht
Und spielen, was die uns soufflieren.
Ich bin Gelehrter und ich Prolet.
Mich hat man mißhandelt, und mich geschmäht,
Zwölf unterwegs, verfolgt und bespien,
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Und wenn auch für uns die Stunde schlägt,
Und die Stunde ist nicht mehr fern,
Dann heben wir uns von der Erde auf,
Dann sind wir nicht Knechte mehr sondern Herr'n
Und räumen in Deutschland auf.
Dann komm ich aus Zürich, und ich aus Wien,
Dann fahr ich nach Frankfurt, und ich nach Berlin.
Zwölf unterwegs, die wissen wohin,
Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Das sind die Soldaten der großen Armee,
Die sich sammelt, um weiterzukämpfen,
Das sind die Sieger von gestern und je,
Sie kämpfen für eine Menschheitsidee
Und für die Gesellschaft von morgen.
Und wenn auch die Zukunft, und wenn auch der Geist
Von Goethe und Lessing und Herder und Kleist
Ueber die Grenzen gegangen —
Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus,
Die wollen nun nicht mehr aus Deutschland raus,
Die ballen die Faust und machen nicht schlapp,
Zwölf unterwegs. Wir rechnen ab!

Nicht nach Deutschland

Der Sekretär der Kopenhagener Sektion des großen dänischen Arbeiterbildungsverbandes, Ib Kolbjorn, teilt im „Social-Demokraten" mit, daß die für dieses Jahr vorgesehenen Ferienreisen zum erstenmal Deutschland nicht berühren werden. Die Gaststätten, die die dänischen Arbeiter bisher auf ihren Reisen benützten, sind von den Nazis besetzt worden, Führer, die die dänischen Arbeiter durch Galerien und Museen führten, sind in Schutzhaft. Die nach vielen Hunderten zählenden Reisegesellschaften des dänischen Arbeiterbildungsverbandes werden daher künftig statt nach Deutschland nach anderen nordischen Ländern und nach Großbritannien reisen.

Stolz weht die Flagge...

Und ein Grabstein auf dem Judenfriedhof.

Vor 50 Jahren ist das deutsche Flaggenlied „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot" entstanden. Sein Verfasser Robert Linderer hat es damals als Einlage für sein Singspiel „Unsere Marine" gedichtet, zu der sein Freund Richard Thiele, der Organist an der Berliner Parochialkirche war, die Musik geschrieben hat. Das Singspiel hatte großen Erfolg und die Melodie des Flaggenliedes erwies sich als ein Treffer. Das Lied selbst hat auch in dem „Nationalsozialistischen Volksliederbuch" Aufnahme gefunden. Die Ruhestätte des Dichters aber ist der jüdische Friedhof zu Weißensee. Zu Häupten seines Grabhügels hat die Berliner Jüdische Gemeinde ihrem Glaubensgenossen folgende Inschrift gesetzt:

Robert Linderer,
geb. 25. November 1824,
gest. 16. Dezember 1886.
Hier ruht der Dichter des Flaggenliedes,
mit dem die deutschen Matrosen für den Sieg und Ruhm des Vaterlandes kämpfen und sterben.
Die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Nazis verbieten das Horst-Wessel-Lied.

Amtlich wird aus München gemeldet:

„Das Horst-Wessel-Lied ist neben dem Deutschlandlied im Kampfe um die nationale Erhebung zum Nationallied geworden. In letzter Zeit wurde nun die Wahrnehmung gemacht, daß das Lied mit unterlegtem Text gesungen wird. Der politische Polizeikommandeur Bayerns verbietet daher das Singen des Horst-Wessel-Liedes mit einem anderen Text. Die Polizeibeamten wurden auf das Verbot aufmerksam gemacht mit dem Hinweis, daß bei event. Wahrnehmungen das Absingen des Liedes sofort einzustellen ist. Die verantwortlichen Personen haben mit Festnahmen zu rechnen."

Auch in anderen Orten haben die Nazis mit dem Zwang zum Singen des Horst-Wessel-Liedes peinliche Erfahrungen gemacht.

Der Betrug mit dem Vierjahresplan

Hitler schafft nicht Arbeit, aber Inflation

Das Regime Hitlers zeichnet sich dadurch aus, daß es jedem alles, was er will, verspricht und nichts von alledem hält. Hitler hat feierlich erklärt, daß er ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm besitze; Millionen von Arbeitslosen glaubten, in kurzer Zeit durch ihn in Arbeit zu kommen. Hitler hat einen Vierjahresplan verheißen, aber schon heute zeigt sich, daß er keinerlei neue Wege zu zeigen vermag. Es ist schon längst offenbar geworden, daß sein Regime ohne großen Wirtschaftsplan angstvoll von der Hand in den Mund lebt.

Mit um so größeren Ueberschriften muß die Tagespresse seine Arbeitsbeschaffungsaktion anpreisen. Sein Programm frischt aber nur lediglich die Pläne früherer Regierungen wieder auf, die 1,2 Milliarden zu gleichen Zwecken ausgegeben hatten. Das heißt dann: „Hitler schafft mit einer Milliarde Arbeit."

Wenn man das in seiner einzelnen Planung jetzt vorliegende Programm näher beschaut, so sieht man, daß es weniger eine Entlastung des Arbeitsmarktes, als eine Entlastung des völlig zusammengebrochenen Reichshaushalts bedeutet. Alle die Arbeiten, Instandsetzungen und Renovierungen öffentlicher oder privater Bauten, Siedlungen, Flußregulierungen, Wasser- und Energieversorgungen, Tiefbauten und Sachleistungen für Bedürftige, sind zum größten Teil früher durch die öffentliche Hand und die Budgets geleistet worden. Haben nicht die Nationalsozialisten selbst schon früher bei den gleichen Arbeitsprogrammen auf das heftigste Kritik geübt, weil sie von zu geringem Umfang seien und nur wenig Arbeitslose in Arbeit zu bringen vermöchten? Haben die Nationalsozialisten nicht über das Papensche Arbeitsbeschaffungsprogramm getobt, weil es lediglich den Unternehmern mit den Steuerscheinen Entlastung bringen sollte, ohne den Arbeitslosen Brot zu geben? Ist aber nicht die Steuerfreiheit des Unternehmertums für Ersatzbeschaffungen das gleiche?

Wenn heute der Unternehmer eine abgewirtschaftete Maschine erneuern muß, so darf er den Betrag an der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer usw. in Abzug bringen. Was aber erhalten die zur Einstellung kommenden Tiefbauarbeiter? Nicht einmal ihren Tariflohn, sondern die Arbeitslosenunterstützung einschließlich einer Zulage von RM. 25.—. Diese beileibe aber nicht in bar, sondern in Bedarfsdeckungsscheinen und dazu dann noch „eine warme Mahlzeit". Die neu eingestellten Arbeiter erhalten also nicht nur ihren vollen Lohn nicht, sondern sie werden noch obendrein zum Lohndrücker der in ihrem Gewerbe arbeitenden Arbeiter.

Dagegen angehen können aber die Arbeiter heute nicht mehr. Weder Lohnforderungen sind zugelassen, noch Streikmöglichkeiten gegeben.

Eine gefesselte Arbeiterschaft muß zusehen, wie das Arbeitsbeschaffungsprogramm den Unternehmern nützt,

wenig Arbeitslosen neues Brot bringt und selbst den Brotlaib der übrigen Arbeiterschaft noch verkleinert. Das heißt: „Hitler schafft Arbeit"! Und die weiblichen Arbeitslosen, die Hunderttausende von Angestellten, Arbeiterinnen, die heiraten möchten, müssen zusehen, daß den noch in Stellung befindlichen Arbeiterinnen RM. 1000.— als Aussteuerdarlehen gewährt werden, während die meisten Arbeitslosen schon seit Jahren die Groschen nicht zusammen bekommen, um einen Hausstand zu führen. Es geht hierbei also nicht um eine allgemeine soziale Hilfe bei Eheschließungen, wie das Programm in nationalen Tönen verkündet, sondern lediglich um die Freimachung von Arbeitsplätzen wohl für die „Pgs." von 1—100.000.

Die Arbeitsdienstpflicht ist nicht ernsthaft als Arbeitsbeschaffung zu werten. Sie ist lediglich eine Einrichtung, die für befristete Zeit einen Teil der jugendlichen Arbeitslosen aus dem Arbeitsmarkt und aus der Statistik herausnimmt, etwa den Teil, der früher durch das stehende Heer gebunden wurde. Aber auch diese Arbeitsdienstpflichtigen verursachen Kosten und müssen aus dem Sozialprodukt ernährt werden, zu dem sie ernsthaft nichts beitragen. Das ist lediglich eine Verschiebung der Kosten auf ein anderes volkswirtschaftliches Konto.

Trotz aller feierlichen Versprechungen, daß die deutsche Währung stabil gehalten werden solle, geht bereits in den breiten Massen des Volkes die Inflationsfurcht um.

Sie wird genährt durch die immer wiederkehrenden Vorschläge der Anhänger der NSDAP., daß nur eine deutsche Binnenwährung durch Ausgabe von mehreren Milliarden neuer Zahlungsmittel Deutschland vor dem Elend retten könne. Sie wird gesteigert dadurch, daß man in den Kreisen der Wirtschaft schon ganz allgemein annimmt, daß die Mark dem künftigen Stand des Dollars angeglichen wird. Schon werden Angstkäufe getätigt. Schon melden sich großagrarische und großindustrielle Interessenten an der neuen Abwertung. Sie erklären, daß sie künftig ihre Schuldzinsen nur nach dem Stand des Dollars zahlen werden, da die Banken die Zahlungen ihrer Dollarschulden ebenfalls nur nach dem Stande des Dollars leisten. Und man spielt schon mit dem Gedanken immerwährender Preissteigerungen, weil in einem Lande, das erst vor wenigen Jahren seine bittersten Erfahrungen mit dem Mechanismus der Inflation gemacht hat, eine 20-prozentige Abwertung der Mark ernsthafteste wirtschaftliche Erschütterungen hervorrufen muß. Wenn nun gleichzeitig mit der Abwertung der Mark neue Zahlungsmittel in den Umlaufsverkehr des Reiches hineingepumpt werden sollen, so wird die Angstpsychose vor der Inflation ins Maßlose gesteigert werden und dann wirklich die Schrecken der Inflation mit sich bringen.

Die Inflation würde das Elend der Kleinen vollenden. Wohl würde es möglich sein, mit dem Hineinpumpen von Milliarden neugeschöpfter Zahlungsmittel in die Wirtschaft eine inflationistische Scheinkonjunktur von vorübergehender Dauer, eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades herbeizuführen. Aber das Volk müßte dafür bezahlen mit einer Zerstörung von Einkommen und Vermögen und der Grundlage der Produktion und des Volksvermögens, wie wir sie aus dem Jahre 1923 kennen. Hinter der ganzen Scheinblockade folgt das endgültige Stocken der Produktion, folgt der Absturz: die völlige Störung aller wirtschaftlichen und aller Marktbeziehungen, das Stocken des Aufkaufens, das Versorgen der Bevölkerung, jener Zustand, der einst mit den Worten charakterisiert wurde, das Volk hungert bei vollen Scheunen.

Bezahlen müssen für solche Pläne des Hitlerregimes vor allem die Arbeiter!

Wir haben erfahren, daß bei raschem Tempo der Inflation selbst die kurzfristige Anpassung der Löhne an den Preisstand nicht hinreichend ist, um die Arbeiterschaft vor völliger Entwertung des Reallohns zu schützen; wir wissen, daß im Höhepunkt der Inflation der Lohn einer ganzen Arbeitswoche nicht ausreichte, um auch nur einen Laib Brot zu kaufen. Dem Unternehmer das volle Arbeitsprodukt, dem Arbeiter aber ein Nichts! Auf dem Höhepunkt der Inflation arbeitet der Arbeiter umsonst!

Aber selbst wenn es der Reichsbank gelingen sollte, mit Hilfe der auswärtigen Notenbanken die abgewertete Mark auch im Innern auf dem international vereinbarten Stabilisierungskurse zu halten und damit die weitergehende Inflationsgefahr zu bannen, so bedeutet die Abwertung an sich doch ein für allemal eine beträchtliche Schmälerung des Einkommens der Lohn-, Gehalts-, Renten- und Wohlfahrtsempfänger. Denn der Angleichung der Löhne an ein steigendes Preisniveau hat die Hitlerregierung einen festen Riegel vorgeschoben. Sie hat nicht nur die aus den Arbeitergroschen erstellten Einrichtungen der Arbeitergewerkschaften einfach geraubt, sie hat darüber hinaus die Gewerkschaften zerstört. Sich selbst hat sie zum Herren der Tarifpolitik gemacht.

Die sogenannten Treuhänder der Arbeiter haben ein eisernes Fallgitter vor jeden Versuch der Arbeiter niedergelassen, ihre Lebenshaltung und ihren Reallohn zu verteidigen.

Die Absicht ist, den Nominallohn auf seinem jetzigen Tiefstand zu behaupten, den Reallohn aber durch die Abwertung der Mark noch einmal um 20 Prozent zu senken.

Wenn aber der inflationistische Prozeß der Kontrolle des Regimes entgleitet, dann wird der Sturz des Reallohns ins Bodenlose gehen!

Was für die Arbeiterschaft gilt, das trifft ebenso auch auf die Sozialrentner und die Arbeitslosen zu! Die Inflation wird die Form des Krieges gegen alle diese Schichten sein. Die Erfahrungen mit der letzten Inflation lehren, daß es keine agitatorische Uebertreibung ist, wenn man feststellt, daß diese Schichten durch den inflationistischen Prozeß dem Hungertod preisgegeben werden

Auch der Mittelstand wird durch Entwertung der Mark — sei sie einmalig oder fortschreitend — abermals in schwerste Krisen geworfen. Das im demokratischen System Schritt für Schritt zurückgewonnene Vertrauen der Sparer wird aufs schändlichste enttäuscht werden — die teilweise, wenn nicht völlige Enteignung aller Spargelder und Sparvermögen steht wieder vor der Tür, die Verelendung der Rentnerschichten, die Vernichtung des kleinen Betriebskapitals, der Kleingewerbetreibenden. Diesen Schichten hat das Hitlerregime Existenzsicherheit und ausreichende Nahrung versprochen — heute schon wieder bedroht es diese Schichten mit Existenzvernichtung und Enteignung.

Ebenso wenig sind die Beamtengehälter vor absoluter Entwertung geschützt! Die Etatsschwierigkeiten des Regimes haben ohnehin einschneidende Pläne zu einer neuen drakonischen Senkung der Beamtengehälter bis spätestens im Herbst angezeigt. Wird der Versuch gemacht, mit inflationistischen Mitteln über die Etatsschwierigkeiten hinwegzukommen, so wird an die Stelle einer einmaligen Senkung der Beamtengehälter ein endloser Prozeß einer dauernden Entwertung treten.

Aus dem berühmten Vierjahres-Plan Hitlers wird dabei ein Vernichtungsplan werden, der zu seiner Vollendung keine vier Jahre brauchen wird! Betrug an der Arbeiterschaft, Betrug am Mittelstand, Betrug an den Beamten, Betrug an den Sparern — das ist der Schluß!

„Arbeitsfront" gegen Arbeiter

Ley sabotiert die 40-Stundenwoche

Die Nationalsozialisten haben sich auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf selbst das Denkmal des Arbeiterverrats auf die Stirn gedrückt. Sie haben im Bunde mit den Unternehmern und den Regierungsvertretern die sofortige Einführung der 40-Stundenwoche abgelehnt!

Mit 69 gegen 55 Stimmen lehnte die Konferenz einen Vorschlag ab, im Dringlichkeitsverfahren sofort die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Einführung der 40-Stunden-Woche vorzunehmen. Die Konferenz beschloß mit 86 gegen 22 Stimmen auf der Konferenz lediglich durch den Ausschuß für die Arbeitszeitverkürzung einen Fragebogen auszuarbeiten, der den einzelnen Regierungen zur Stellungnahme zugehen soll und der die Grundlage für die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über die Arbeitszeitverkürzung auf der nächstjährigen Konferenz geben soll.

Die deutschen Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmten geschlossen gegen das Dringlichkeitsverfahren und erklärten sich für die Verschiebung der Entscheidung auf die nächstjährige Konferenz. Die Arbeitergruppen der anderen Länder stimmten auf der Konferenz für das Dringlichkeitsverfahren zur sofortigen Ausarbeitung des 40-Stunden-Abkommens, während die Arbeitgebergruppe und die Mehrzahl der Regierungsvertreter entsprechend dem deutschen Standpunkt die jetzt angenommene Verschiebung der Frage auf die Internationale Arbeitskonferenz von 1934 forderten.

Selbst die Arbeitervertreter des faschistischen Italiens stimmten geschlossen mit den Arbeitervertretern der aderen Länder — aber die sogenannten „Arbeitervertreter" aus Hitler-Deutschland mit dem Dr. Ley an der Spitze, haben gemeinsame Sache mit den Unternehmern gemacht!

Damit ist der sogenannten „deutschen Arbeitsfront" die Maske heruntergerissen. Sie ist ein Instrument zur Vergewaltigung der Arbeiterinteressen, sie dient den reaktionären Absichten des Unternehmertums.

Ley und Konsorten haben die Arbeiterorganisationen gestohlen. Sie haben aus den Gewerkschaften Organe zur Verhinderung des Gesinnungskampfes der Arbeiter gemacht. Die sogenannte „deutsche Arbeitsfront" ist nichts anderes als eine allumfassende Unternehmerorganisation — mit dem Gelde der Arbeiterschaft!

Ihre erste Tat bestand darin, daß nach der „Gleichschaltung" der Gewerkschaften den Unternehmern mitgeteilt wurde, daß sie auf lange Zeit hinaus keine Störungen durch Lohnerhöhungen zu befürchten hätten!

Ihre zweite Tat ist die Sabotage der Vierzigstundenwoche auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf — gegen den Willen der Arbeiterschaft der ganzen Welt, gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft!

Unter dem dreisten Vorgeben, die deutsche Arbeiterschaft zu vertreten, haben die Ley und Konsorten in Genf sich als Handlanger des internationalen Unternehmertums gebärdet. Sie haben das Mandat der deutschen Arbeiterschaft stohlen, um es gegen die Arbeiterschaft zu verwerten!

Die deutsche Gegenrevolution hat damit ihr ureigenstes sozialreaktionäres Gesicht ohne Maske gezeigt! Es gehört nur noch mit zum Bilde, daß die famose Delegation schließlich mit großem Gestank aus Genf herausfuhr, um nacher im Berliner Lustgarten über das Internationale Arbeitsamt als eine „Giftbude" zu schimpfen.

Fiasko des „Fettplans"

Ist das der „deutsche Sozialismus?"

Um den Vierjahresplan Hitlers ist es sehr still geworden. Niemand redete oder schreibt über ihn. Hinter verschlossenen Türen ohrfeigt man sich, daß man diese geistige Anleihe bei den Bolschewisten gemacht hat. Die Enttäuschung wächst um so mehr, weil der „Fettplan" das erste und einzige Stück des Vierjahresplanes, das verwirklicht wurde, nicht nur zu einer schweren Schädigung der Verbraucher, sondern auch zu einem völligen Fiasko für die Bauern geführt hat.

Der „Fettplan" sah vor, daß die Erzeugung an Margarine eingeschränkt und der Preis durch die Einführung einer Steuer von 25 Pfg. pro Pfund verteuert werden sollte. Mit dem Erlös aus dieser Steuer sollten bedürftige Verbraucher Margarine zu einem verbilligten Preis erhalten. Das Ganze diente dem Zweck, den Verbrauch von Butter zu heben, den Preis zu steigern und den Bauern höhere Erlöse zu verschaffen.

Nichts von diesen Erwartungen ist eingetroffen. Die im deutschen Industrie- und Handelstag vertretenen Wirtschaftskreise haben kürzlich festgestellt,

daß „eine ausreichende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Fetten zu erträglichen Preisen nicht mehr gegeben ist".

Derselben Meinung sind die Bauern. Auch sie sind von der bisherigen Entwicklung der Dinge am Buttermarkt schwer enttäuscht. Zwar waren zunächst die Preise von 80 Mk. pro Zentner auf 120 Mk. angestiegen. Aber sehr schnell trat ein Rückschlag ein. Der Preis im Großhandel liegt wieder um 100 Mk. Die Bauern haben überhaupt nicht viel von der Preissteigerung verspürt.

Selbst das gleichgeschaltete „Berliner Tageblatt" gibt zu, daß der Fettplan nicht nur ein vollkommenes Fiasko für die Bauern, sondern schweren Schaden für die Verbraucher gebracht habe.

Irgend einen Ausweg aus diesem wüsten Durcheinander hat man bisher nicht gefunden. Es ist eben leichter zu reden, als zu handeln. Und wenn man handelt, so kommt dabei kaum etwas anderes heraus als verschärfter Druck und neues Elend für die gequälten, jeder Bewegungsfreiheit beraubten Massen.

»Treuhänder der Arbeit«.

Unternehmer diktieren den Lohn.

Die Hitlerregierung hat dieser Tage die „Treuhänder der Arbeit" ernannt, die — ausgestattet mit ungeheuren Machtvollkommenheiten — die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Millionen deutschen Arbeiter und Angestellter zu regeln haben werden. Die Liste der Ernannten enthält elf Namen und wird eingeleitet von dem Grafen von der Goltz, Chefsyndikus des Pommerschen Landbundes, der reaktionärsten landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Organisation Deutschlands.

In Westdeutschland ist „Treuhänder der Arbeit" Dr. Josef Klein, bisheriger Sozialsekretär bei JG.-Farben. In Mitteldeutschland führt ein anderer Angestellter derselben Gesellschaft, der Geschäftsführer der mitteldeutschen chemischen Industrie das Szepter. In Norddeutschland regiert der bisherige Syndikus der Lübecker Handelskammer. Von den elf sind sechs bisherige Unternehmerangestellte. Zwei andere, Nagel und Börger sind gleichfalls auf Vorschlag der Unternehmer ernannt, sie sind bisher von den Gewerkschaften aller Richtungen wegen ihres sozialen Unverständnisses bekämpft worden.

Die Aufgaben der Emigration

Von Friedrich Adler

In den „Internationalen Informationen“ veröffentlicht Gen. Friedrich Adler einen Aufsatz über „Die Aufgaben der Emigration in der vergewaltigten Partei. Darin führt er u. a. folgendes aus:

Wie tiefgreifend die Wendung ist, die nun erfolgt, tritt schon darin zutage, daß seit 1890, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, ununterbrochen und unbestritten die gleichen Formen der Parteiarbeit in Geltung waren, weshalb sie der jüngeren Generation geradezu als die selbstverständlich gegebenen erscheinen mußten.

Die neuen Methoden des Kampfes,

die Methoden der Organisation, die die Aufrichtung der faschistischen Diktatur erfordert, bedeuten daher gerade für deutsche Sozialdemokraten einen tiefgreifenden Umstellungsprozeß. So wird es begreiflich, daß der Wunsch, die alten Arbeitsmethoden doch irgendwie erhalten zu können, zunächst dazu führte, daß man auf jede scheinbare Nachgiebigkeit der faschistischen Gewalthaber Hoffnungen setzte, daß man sich der Illusion hingab, die verbotenen Zeitungen wieder erhalten zu können, ja sogar den Parteiapparat bei genügender Vorsicht für eine, wenn auch beschränkte Tätigkeit konservieren zu können.

Der Kampf zwischen der Hoffnung auf Erhaltung des alten Apparates und der Einsicht, daß die alten Methoden unmöglich geworden, hat in jedem einzelnen deutschen Sozialdemokraten stattgefunden und ist bei vielen noch immer nicht endgültig ausgefochten. In diesem Kampfe hat die

Scheu vor Emigrantenpolitik

eine weit größere Rolle gespielt, als bei sozialistischen Parteien anderer Länder und als bei der deutschen Sozialdemokratie selbst, als sie unter Bismarcks Sozialistengesetz zum erstenmal ihre Leitung und ihr Zentralorgan ins Ausland verlegen mußte. Die Erinnerung an dieses Heldenzeitalter der Partei ist bei sehr vielen heute nicht mehr lebendig und daraus erklärt sich zum großen Teil das Unverständnis für die Notwendigkeiten von heute, wo ein Verfolgungssystem in Deutschland aufgerichtet wurde, gegen das die Bismarckschen Schurkereien geradezu harmlos erscheinen.

Als wir wenige Tage nach Hitlers entscheidenden Wahlsieg die Gedächtnisfeier des fünfzigsten Todestages von Karl Marx begingen, da wurde uns die Lage der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz aufs eindrucksvollste bewußt, als wir uns erinnerten, daß der Bericht über die Totenfeier ihres größten Vorkämpfers, der die größere Hälfte seines Lebens im Exil verbracht hatte und als Emigrant gestorben war, nur im Ausland, im „Sozialdemokrat“ in Zürich, erscheinen konnte und daß die deutsche Partei ihre Gedächtnisfeier wenige Wochen später auf ihrem Parteitag in Kopenhagen halten mußte. In der Tat, wer sich an jene Periode erinnert, wer weiß

daß die deutsche Sozialdemokratie alle ihre Parteitage — auf Schloß Wyden, in Kopenhagen, in St. Gallen — nur im Ausland abhalten konnte,

wer sich der Bedeutung des geistigen Zentrums, das der „Sozialdemokrat“ in Zürich und nach seiner Vertreibung aus der Schweiz in London darstellte, bewußt ist, wird keinen Moment an der Wichtigkeit der Emigrantenpolitik zweifeln können. Man lese heute wieder in Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ den Abschnitt „Unter dem Sozialistengesetz“ und man wird über die Aufgabe der Emigration in der vergewaltigten Partei reichlich Aufklärung finden. Man wird dort aber auch sehen, wie sich auch damals der Uebergang zu den neuen Methoden der Parteiarbeit nur zögernd, mit schwersten inneren Hemmnissen vollzog, so daß Mehring dem ersten Kapitel seines Abschnittes über das Sozialistengesetz den Titel gab: „Ein Jahr der Verwirrung“. Als ob es über die heutige Zeit geschrieben worden wäre, lesen wir dort:

Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Ansturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein.. Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezüchtet worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde... Die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden neue Verfolgungen sein... (Mehring: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 2. Teil, Seite 408 ff., Stuttgart 1898.)

Die deutsche Sozialdemokratie hat unter dem Sozialistengesetz nahezu ein Jahr gebraucht, bis sie sich zur Herausgabe des „Sozialdemokrat“ in Zürich entschloß.

In jeder vergewaltigten Partei sind immer wieder Gegensätze zwischen den Genossen im Inland und den Genossen im Ausland entstanden, und diese Gegensätze werden auch der Arbeiterschaft Deutschlands nicht erspart bleiben. Schon in diesen wenigen Monaten hörten wir immer wieder, daß die Genossen, die in Deutschland geblieben waren, erklärten, die Emigration könne die Lage im Lande nicht beurteilen und umgekehrt konnte die Emigration stets betonen, daß die Genossen in Deutschland keine Ahnung davon haben, wie die Dinge vom Ausland her aussehen. Und in der Tat wußte die Arbeiterschaft in Deutschland bei der vollständigen Ausschaltung aller Meinungsfreiheit nahezu nichts von dem, was in der Welt, und am allerwenigsten von dem, was in Deutschland selbst vorging.

In einer späteren Periode werden die Genossen in der Emigration immer wieder von den Genossen, die im Inland arbeiten, zu lernen haben. Vorläufig steht es aber anders. Die Genossen, die ins Ausland kamen, haben stets sehr rasch erkannt, daß

alle Versuche der Anpassung an das Gewaltregime zum Scheitern verurteilt

sind, daß die Sozialdemokratie unter Hitler ihre legale Tätigkeit nicht fortsetzen kann, daß sie zu einer vollständig neuen Organisierung der Parteiarbeit übergehen muß. Die Genossen in Deutschland mit dieser Erkenntnis zu erfüllen, ist die Arbeit, die die Emigration vor allem jetzt zu leisten hat.

Aber die Lage der deutschen Arbeiterbewegung ist eine durchaus andere, als sie jemals nach einem Siege der Reaktion in Erscheinung trat. Es wäre eine höchst verhängnisvolle Vogelstraußpolitik, wenn wir uns nicht klarmachen wollten, daß das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft zu ihrer Führung durch die entsetzliche Niederlage, die sie erlitten, eine schwere Erschütterung erfahren hat, daß diese Vertrauenskrise gleichermaßen die sozialdemokratische wie die kommunistische Führung trifft, ja, daß darüber hinaus, was weit gefährlicher, eine Erschütterung der Siegeszuversicht der Arbeiterklasse und damit eine Erschütterung ihrer Kampffähigkeit stattgefunden hat. Alle Anpassungsversuche in Deutschland, die Wahnsinnstaktik der Gewerkschaften, die dem Feinde die Festungen der Arbeiterklasse möglichst wohlerhalten auslieferte, die Wahnsinnstaktik eines Teiles der Parlamentsfraktion, die, anstatt Hitler zu demaskieren, ihm die Mauer machte, haben die Verwirrung in der Arbeiterschaft weiter gesteigert, das Vertrauen weiter erschüttert. Das Schlagwort taucht auf, daß der Generalstab der Partei, der die Schlacht verloren, „vor das Kriegsgericht“ gehöre. Mit solchen Redensarten ist sehr wenig getan. Sicher soll niemand seiner Verantwortlichkeit enthoben werden. Aber das Gericht über die Fehler der Vergangenheit hat nur soviel Wert, als daraus Erkenntnis entspringt für den Neuaufbau der Zukunft. Und daher ist die brennende Aufgabe von heute eine ganz andere, als sie in diesen Stimmungen Ausdruck findet. Nach dem großen Zusammenbruch der Arbeiterbewegung in Deutschland haben wir mit dem größten Ernst zu untersuchen, was in der Zukunft werden soll.

Alle Probleme der Arbeiterbewegung sind durch den Sieg des Faschismus neu gestellt.

Der Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat, die Möglichkeiten des proletarischen Klassenkampfes müssen von Grund aus neu untersucht werden. Eine geistige Klärung, die wegweisend für die Zukunft ist, muß in der internationalen Arbeiterbewegung stattfinden. An dieser großen Arbeit mitzuwirken, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Emigration.

Bayern unterm Hakenkreuz

Mittelständler demonstrieren

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Die Enttäuschung, über den Hitlerismus wächst auch in Bayern von Tag zu Tag. Eine der Organisationen die der derzeitigen bayrischen Regierung wohl am meisten Schwierigkeiten bereitet, ist der Kampfbund des Mittelstandes zur Bekämpfung der Konsumvereine und Warenhäuser, unter Leitung des Nazimannes Sturm. Sturm hat die ganze Zeit vor dem Putsch die kleinen Geschäftsleute in eine Organisation gepreßt mit der Versicherung, daß im Augenblicke der Machtergreifung durch Hitler mit den Konsumvereinen, Warenhäuser und Einheitspreisgeschäften Schluß gemacht werde, und alle diese Leichtgläubigen sehen sich nun bitter enttäuscht.

Schon wenige Wochen nach dem Umsturz bewegte sich

ein Demonstrationszug von etwa 6000 Mittelständlern

durch die Straßen Münchens und in einer einstimmig gefaßten Resolution wurde erklärt, daß man den Kampf gegen die Regierung so lange fortführen werde, bis sie dem Mittelstand gegenüber die gegebenen Versprechungen einlösen werde. Die Stimmung unter den kleinen Geschäftsleuten wurde noch erheblich verschärft, als Herr Himmler, der Führer der politischen Polizei Bayerns wegen Ueberschreitung des Butterpreises einige hundert Geschäfte schließen und deren Inhaber ins Konzentrationslager nach Dachau bringen ließ.

Anfang dieses Monats fand in einem großen Saal Münchens eine Versammlung der Mittelständler statt, zu der man den Innenminister Wagner zitiert hatte. Schon bei Eröffnung der Versammlung ging es sehr stürmisch zu. Die Anwesenden erklärten, sie brauchten keinen Saalschutz und verlangten die Entfernung der anwesenden SA. Kaum hatte Wagner das Rednerpult betreten, als ihn die Versammlung auspfiff und ihm zurief: Ihr habt die Verkehrten nach Dachau geschickt, man sollte Euch nach Dachau bringen! „Schickt uns Männer mit Köpfen, aber keine Lausbuben!“ Schließlich wurde die Empörung im Saale so groß, daß Ueberfallskommandos und bereitgestellte SA. einschreiten mußten. Aber auch jetzt trat noch keineswegs Ruhe in der Versammlung ein und schließlich erklärte der Herr Innenminister „wem's nicht paßt, der kann gehen“, worauf mehr als ¾ der Mittelständler den Saal verließen.

Am nächsten Tage war Herr Sturm, der bayrische Kampfbundführer, seines Postens enthoben. Damit aber, daß ein Sündenbock in die Wüste geschickt wurde. ist die Ruhe noch lange nicht hergestellt.

Blutiger Gesellentag

Die katholischen Gesellenvereine hatten nach München eine Tagung einberufen, die jedoch zunächst verboten wurde. Daraufhin entschloß man sich, Herrn Vizekanzler von Papen das Hauptreferat bei dieser Tagung zu übertragen, aber auch dadurch ließen sich die bayrischen Nazibehörden nicht dazu bewegen, die Tagug zu genehmigen. Herr von Papen fuhr darauf per Flugzeug nach München und erreichte in langwierigen persönlichen Verhandlungen, daß die Abhaltung der Veranstaltung bewilligt wurde, jedoch wurden eine Reihe von Auflagen gemacht, zu deren Einhaltung von Papen sich verpflichten mußte.

Schon mehrere Tage vor dem festgesetzten Termin machten SA.-Leute Stimmung gegen die Gesellentagung und versäumten nicht, auf die Volksschädlichkeit des Treibens der katholischen Priester hinzuweisen. Diese Hetze blieb dann auch nicht ohne Folgen. Schon den Ankömmlingen der ersten Extrazüge wurden am Bahnhof die orangefarbenen Hemden ausgezogen und in der ganzen Stadt setzte planmäßig eine wüste Verfolgung der katholischen Gesellen ein. Insbesondere deren Führer, die in der Hauptsache kath. Priester sind, wurden von der Straße weg in die Hausflure geschleppt und dort mißhandelt, andere in de Cafés und Restaurants verprügelt. Die Dekorationen in verschiedenen Straßen, durch die sich der Festzug bewegen sollte, wurden von SA.-Leuten heruntergerissen und die Emailschilder am katholischen Gesellenhaus zerschossen.

Am Sonntag fand die Tagung, die bis Montag abends dauern sollte, ein jähes Ende. Der Festzug wurde an verschiedenen Stellen von SA. überfallen und die Zugsteilnehmer mit Hieb- und Stichwaffen aufs schwerste mißhandelt.

Etwa 20 schwerverletzte Gesellenvereinsmitglieder mußten in die Krankenhäuser gebracht werden; unter ihnen befanden sich auch schweizer und österreichische Staatsangehörige.

Verschiedene Festteilnehmer erlitten erhebliche Stichverletzungen und Knochenbrüche, einem Priester wurde ein Arm abgeschlagen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen unter den Verhafteten befanden sich auch etwa 20 österreichische Staatsangehörige, bei denen man zum Teil Heimwehrausweise vorfand. Im Verlauf der Schlägereien wurde ein SS.-Mann in die Isar geworfen. 24 Stunden früher als geplant, brachten die Sonderzüge die Teilnehmer der erhebenden Feier wieder in ihre Heimat.

Mord und Folter in Dachau

Die Zustände im Konzentrationslager Dachau bei München wachsen sich immer mehr zu einer Kulturschande ersten Ranges aus. Alle Augenblicke werden dort

wehrlose Menschen „auf der Flucht“ erschossen.

In Wirklichkeit kan keiner der Bedauernswerten an eine Flucht denken; denn das Konzentrationslager ist mit einer hohen Mauer umgeben, hinter der sich ein etwa 10 m breiter Raum befindet, der des Nachts taghell beleuchtet ist und der wiederum durch einen mit elektrischen Hochspannungsstrom geladenen 2 m hohen Stacheldrahtzaun gesichert ist. Von den in der letzten Zeit in Dachau Erschossenen sind mir noch in Erinnerung ein Herr Benario, Rechtsanwalt Alfred Strauß, Rechtsanwalt Siegel, der frühere Syndikus des Münchner Kaufhauses Uhlfelder, ein Rechtsanwalt Aron, der kommunistische bayrische Landtagsabgeordnete Götz, sowie das Mitglied der KPD. Freiberger und der frühere Angestellte bei der Gauleitung der NSDAP, der Kaufmann Wendt. Alle wurden „auf der Flucht“ erschossen. Bezüglich des Abgeordneten Dresel, des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, wurde im „Völkischen Beobachter“ erklärt, daß Dresel sich im Konzentrationslager Dachau innerlich derart umgestellt habe, daß er aus Scham über seine frühere politische Einstellung sich die Pulsadern geöffnet habe.

In Wahrheit wurde Dresel von den entmeschten SA.-Leuten, die das Lager bewachen, buchstäblich zu Tode geprügelt.

Die Leiche des Dresel, die entsetzlich zugerichtet war, warf man dem gleichfalls in Dachau befindlichen kommunistischen Abgeordnete Bäumler vor die Füße und erklärte ihm, daß es ihm morgen genau so ergehe.

Die Erschießungen in Dachau haben einen so großen Umfang angenommen, daß die umliegenden Gemeinden in Eingaben an den bayrischen Innenminister Wagner gebeten haben, man möge für das Konzentrationslager Dachau einen eigenen Friedhof errichten, weil auf den Friedhöfen der kleinen Gemeinden nicht genügend Platz sei, für alle jene, welche in Dachau erschossen werden.

Zur Zeit befinden sich sämtliche Stadträte der sozialdemokratischen Partei und deren Ersatzleute in Dachau, wo sie den schwersten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Sie werden auf Tische geschnallt und geschlagen.

Es gibt keine Greuel ....

Erlebnisse eines englischen Journalisten.

Der englische Journalist Geoffrey Fraser schilderte im Pariser „Intransigeant" („Der Unversöhnliche") seine Erlebnisse in deutschen Gefängnissen. Fraser war verhaftet und, nach verschiedenen Zwischenstationen in das Horst-Wessel-Haus gebracht worden. Dort wurde er viele Stunden herumgeschoben, mußte immer wieder warten, wurde mit albernen Fragen heimgesucht, bis er endlich zu einem richtigen Verhör kam. Dieses leitete ein gewisser Kommissar Schultze, der ein großes Hakenkreuz trug, aber nicht in Deutschland, sondern in Bloemfontein (Südafrika) geboren war. Nach seiner weiteren Angabe hatte dieser Schultze im Weltkrieg auf der britischen Flotte gedient und war längere Zeit in Malta stationiert. Fraser vermutet, daß Schultze schon damals, wie heute, für den deutschen Nationalismus gearbeitet habe, also ein Spion gewesen sei.

Endlich, nachdem er 30 Stunden lang kein Auge geschlossen und nichts anderes verzehrt hatte als ein mitgenommenes Brot, wurde Fraser in eine Gefangenenzelle am Alexanderplatz gebracht, in der sich bereits 48 Gefangene aller Gesellschaftsschichten befanden. Als er kam, sprachen fünf Verhaftete gerade französisch. Es waren aber deutsche Intellektuelle, die nur französisch sprachen, um nicht von den Spitzeln verstanden zu werden, die in jede Zelle gesteckt wurden. Die Fünf waren verhaftet, weil nach einer Nazilegende die Oppositionsparteien si[illegible] [illegible]n Fünfergruppen organisierten. Da sie sich zu fünft getroffen hatten, waren sie hinreichend verdächtig.

Unter den Insassen dieser Zelle, alten und jungen Menschen, Sozialdemokraten, Kommunisten, auch Leuten, die sich niemals mit Politik befaßt hatten, gab es viele mit zerschlagenen Gesichtern und blutigen Köpfen.

Da gab es z. B. einen kleinen, armen, krummen und schon greisenhaften Polen, einen Händler, der seinem Bruder in Warschau geschrieben hatte, Hitler lasse die Juden verfolgen. Ihn hatte die SA so geschlagen, daß er das Bewußtsein verloren hatte. Ein anderer Pole hatte den Kopf an mehreren Stellen eingebeult. Einem sozialdemokratischen Stadtverordneten war der untere Teil des Gesichts in eine blutige Masse verwandelt worden. Einem jungen Menschen hing das halbe Ohr in Fetzen herunter. Anderen hatte man die Finger gebrochen usw.

In verschiedenen Nazikasernen, wo man die Verhafteten „gekocht" hatte, waren die Führer so vorsichtig, ihren Opfern nur solche Verletzungen beizubringen, die man bei ihrem Weitertransport auf der Straße nicht sehen konnte. Vor der Folterung hatten sich die Häftlinge ausziehen müssen. Mehrere von ihnen zogen sich nun in der Zelle nochmals aus, um ihren Zustand zu offenbaren. In zwei Fällen hatte man derartigen Sadismus getrieben, daß — nach Fraser — „auch nicht die leiseste Andeutung in der Presse möglich ist." Fast alle hatten am Körper Wunden von Schlägen mit Gummi- und Metallinstrumenten. Ihre Rücken waren in unbeschreiblichem Zustand, das rohe Fleisch trat zutage.

Fraser sagt dazu: Torquemada und Caligula müßten vor Neid erblassen, wenn sie die Opfer der raffinierten und erfindungsreichen Grausamkeit der Mannen des deutschen Reichskanzlers sehen könnten."

*

Ein Däne im Konzentrationslager.

Der Kopenhagener „Social-Demokraten" vom 16. d. M. veröffentlicht den Bericht des 37jähr. Maurers Johan Steenberg über seine Erlebnisse in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Hitler-Deutschlands. Steenberg ist im deutsch-dänischen Grenzgebiet zu Hause, er hat 7½ Jahre in der deutschen Armee gedient, davon 4 Kriegsjahre und er ist dreimal erheblich verwundet worden. Er ist jedoch dänischer Staatsbürger.

Steenberg erzählte der Redaktion des „Social-Demokraten": Es ging mir so wie vielen anderen. In der Nacht des Reichstagsbrandes wurde ich morgens 4½ Uhr in meiner Wohnung in Herne-Westf. verhaftet und in das Zentralgefängnis Bochum gebracht, wo ich bis zum 22. März bleiben mußte. Dann wurde ich in das Konzentrationslager Senne bei Paderborn überführt.

Auf die Frage, wie er sich seine Verhaftung erkläre, antwortete Steenberg, daß er keinen anderen Grund wisse als den, seit dem Kriege Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, nachher auch Reichsbannermann und Führer der örtlichen Jugendgruppe gewesen zu sein.

Das Leben in den Konzentrationslagern stellt er vollkommen demjenigen im alten Rekrutendienst gleich. Morgens 5 Uhr eine Stunde Gymnastik, 7 Uhr Kaffee und margarinegestrichenes Brot, darauf Arbeit bis 12 Uhr und dann „Frühstück", dasselbe wie morgens. Darauf von 1 bis 3 Uhr exerzieren, Mittagessen und von 4 bis 6 Uhr Sport. Die weitere Zeit bis 9 Uhr war „frei", aber es konnte keineswegs jeder tun was er wollte, man wurde vielmehr bis 9 Uhr ständig in Anspruch genommen und dann mußte man schlafen gehen.

Die Zahl der Lagerinsassen gibt Steenberg auf zirka 900 an, davon 30 Frauen. Unter den Gefangenen waren 180 Sozialdemokraten, die übrigen Juden oder Kommunisten, auch Mitglieder anderer Parteien, darunter Zentrumsleute.

Geprügelt wurden Gefangene täglich,

das war geradezu schon eine offizielle Einrichtung. Die Lagerwachen unterzogen sich mit wahrer Leidenschaft dem schändlichen Werk, die wehrlosen Gefangenen bestialisch zu mißhandeln. Jeder kam schließlich einmal dran. Zu den Opfern gehörte auch der bekannte sozialdemokratische Rechtsanwalt Frank aus Dortmund, dem diese „Sozialisten" sein ständiges Eintreten für die Arbeiter zum besonderen Vorwurf machten.

Dem Maurer Steenberg wurde als Grund für seine Verprügelung, als er seine dänische Staatsbürgerschaft hervorhob, eben sein Dänentum angegeben.

Darüber erzählt Steenberg noch weiter: „Am 16. April morgens 7 Uhr meldete ich mich bei dem Wachthabenden und bat, mit dem Kommandanten sprechen zu dürfen. Auf die Frage, was ich wollte, erklärte ich, daß ich Däne bin. „Bist Du Däne" sagte der Wachtposten und schlug mich mit aller Kraft mit einem Knüppel ins Gesicht, wobei er mich einen Schwindler nannte. Damit war das „Gespräch" beendet. Aber nachmittags kam ein Inspizierender auf mich zu und fragte, ob ich es wäre, der behaupte, Däne zu sein. Als ich das bejahte, erklärte er, „das wollen wir untersuchen, Du Schwindler, das sage ich Dir!"

Es folgten weitere Prügel, schließlich aber gelang es dem Maurer Steenberg doch, das zuständige dänische Konsu[illegible] zu verständigen und durch dessen Bemühu[illegible] wurde er befreit.

*

Konzentrationslager wird ausgebaut

Das Konzentrationslager in Oranienburg bei Berlin, wird, wie die „Börsenzeitung" berichtet, nunmehr nach der Verstaatlichung erheblich ausgebaut werden, so daß nach dem Abschluß der Arbeiten für 1500 Häftlinge Raum sein wird.

Mierendorf wurde mißhandelt

Vor einigen Tagen dementierte die hessische Regierung auf das energischeste eine Schweizer Meldung über Mißhandlungen des Gen. Dr. Mierendorf. Inzwischen ist erwiesen, daß die hessische Regierung gelogen hat. Mierendorf wurde, wie die „Wiener Arbeiterzeitung" berichtet wird, nach seiner Verhaftung ins Polizeipräsidium von Frankfurt am Main eingeliefert. Da sich herausstellte, daß nichts gegen ihn vorlag, sollte er auf ausdrückliche Anordnung des nationalsozialistischen Polizeipräsidenten enthaftet werden. Die SS., die das erfuhr, drang mit einem Rollkommando in das Polizeipräsidium ein, entriß Mierendorf den Polizeibeamten, die ihn schützen wollten, und entführte ihn nach Darmstadt. Schon auf dem Wege wurde er schwer mißhandelt. In Darmstadt schleppten ihn die SS.-Leute durch die Straßen, wobei sie die Menge aufhetzten, mit Mierendorf „abzurechnen". Die Folge war, daß der kriegsbeschädigte Mann durch einige Straßenzüge Spießruten laufen mußte. Er wurde geschlagen, mit Steinen beworfen und bespuckt.

Sowohl der hessische Ministerpräsident als auch der Polizeipräsident von Darmstadt wurden von diesen Vorfällen sofort verständigt. Sie weigerten sich aber, gegen die unmenschlichen Vorfälle einzuschreiten. Arbeiter, die Mierendorf zu Hilfe eilen wollten, wurden von der SS. mißhandelt und mit dem Konzentrationslager bedroht.

Stadtverordnete werden verprügelt

In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main blieben die Sozialdemokraten sitzen, als über einen Nazi-Antrag abgestimmt wurde, den Hinterbliebenen von Erschossenen SA.-Leuten eine Rente von 70 Mark monatlich auszusetzen und eine Straße zu Ehren des einen Erschossenen umzubenennen. Dieselbe Haltung nahmen die Staatsparteiler und ein Teil der Zentrumsfraktion ein. Die Sozialdemokraten wurden aufgefordert, unverzüglich den Saal zu verlassen. Die „Frankfurter Zeitung" fügt hinzu: „Als die Sozialdemokraten dieser Aufforderung nicht sofort Folge leisteten, erhoben sich die Nationalsozialisten und drangen auf die Sozialdemokraten ein. In dem entstehenden Handgemenge behielten die Nationalsozialisten die Oberhand und es gelang ihnen in kurzer Zeit, die Sozialdemokraten aus dem Saal zu drängen. Die Tribünenbesucher begleiteten den Zwischenfall mit erregten Rufen und Beifallskundgebungen."

Katholischer Pfarrer überfallen

In der Pfalz hat sich, wie die nationalsozialistische „Rheinfront" berichtet, eine Reihe von aufsehenerregenden Vorkommnissen abgespielt, bei denen es sich um katholische Geistliche handelt.

In Landau wurde auf Veranlassung des Bezirkskommissärs eine nichtangemeldete Versammlung katholischer Geistlicher durch die Polizei aufgelöst.

Am gleichen Tag wurde der katholische Pfarrer Nachtigall aus Burrweiler „wegen Lächerlichmachung der nationalsozialistischen Bewegung' und ihrer Symbole in Schutzhaft genommen.

Ein schwerer Konflikt liegt einige Tage zurück.

Am Samstag gegen 11 Uhr abends hatte sich eine „erregte Volksmenge" vor dem Pfarrhaus in Imsweiler angesammelt, die unter Rufen wie „Schuft, Hetzer, Volksverräter, Landesverräter" usw. versuchte, den Geistlichen aus dem Pfarrhaus herauszubekommen. Man hatte bereits die Fenster, die Türen und einen Teil der Möbel demoliert, als der eiligst herbeigerufene Bezirksbeauftragte, Standartenführer Baum, ankam. Es gelang ihm, „den Pfarrer Matheis vor der erregten Menge in Schutzhaft zu nehmen". Trotz des Einsatzes von 25 SA.-Männern konnte er nicht verhindern, daß der Pfarrer blutig geschlagen wurde. Auch der Standartenführer Baum und sein Adjutant wurden von der Menge tätlich angegriffen, wobei Baum verletzt und sein Auto beschädigt wurde. Nach Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe wurde Pfarrer Matheis in das Amtsgerichtsgefängnis von Rockenhausen eingeliefert.

Juden heraus!

Tausende jüdischer Rechtsanwälte sind durch die Arierbestimmungen von der Ausübung ihres Berufes ausgeschlossen worden. Aber auch die zugelassenen Anwälte jüdischer Konfession werden durch organisierte Ausbrüche des „Volkswillens" aus den Gerichtssälen hinausgejagt, weil die Nazi-Anwälte beweisen wollen, daß die jetzigen Bestimmungen über die Zulassung unhaltbar sind. Das Duisburger Naziblatt, die „Duisburger Nationalzeitung," enthält darüber folgenden für sich selbst sprechenden Bericht:

„Kaum war es bekannt geworden, daß die zur Amtsführung zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte ihre Tätigkeit am Duisburger Amts- und Landgericht aufnehmen würden, als sich auch schon vor den Zugängen des Gerichts sehr erregte Menschenmassen ansammelten, die ihrem Unwillen über das Wiedererscheinen der Juden lauten Ausdruck verliehen. Gegen 10 Uhr drangen die Demonstranten in das Gebäude und durchzogen die Korridore mit lauten Protestrufen: „Juden heraus!" Verschiedene Anwälte jüdischer Abstammung zogen es vor, freiwillig und fluchtartig das Gebäude durch den Keller zu verlassen. Einzelne Rechtsanwälte wurden durch die Menschenmassen aus den Sitzungssälen gefegt. Dem Eingreifen des Pg. Rechtsawalt Dr. Winkler gelang es, jede Gewalttat zu vermeiden. Er brachte persönlich den auch mit Wissen und Willen der Nationalsozialistischen Juristenbundes bei den Duisburger Gerichten — dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entsprechend — zugelassenen jüdischen Anwalt Cohn aus Ruhrort unter sicherer Bedeckug aus dem Gebäude heraus, worauf die Menge, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß in keinem der Sitzungssäle ein Jude mehr amtiert, sich ruhig und geordnet zurückzog. Der Vorgang ist ein Beweis dafür, daß die Anordnung des Reichsjustizministeriums dem Volkswillen, der sich die Erfolge der nationalen Revolution nicht in das Gegenteil verkehren lassen will, nicht entspricht."

Bürgertum schnappt nach Luft

Das Ende aller Parteien angekündigt

Täglich werden deutschnationale Organisationen, Gruppen des Stahlhelms aufgelöst. Auch persönliche Verfolgungen von Deutschnationalen und Stahlhelmführern sind an der Tagesordnung. Daß es sich dabei nicht um Ausschreitungen untergeordneter Organe handelt, sondern um Teile eines allgemeinen Planes, hat Goebbels in seiner Hamburger Rede ausdrücklich zugestanden. Er erklärte, daß die NSDAP. allmählich alle anderen Parteien aufsauge und daß schon jetzt keine Rede mehr sein könne von einem Deutschland außerhalb der NSDAP. Sie sei das Stahlgerippe des Staates, das schon jetzt feststünde.

Eine ähnliche Ankündigung liegt von Kube vor, der nach einer besonderen Kampfansage gegen die Deutschnationalen schreibt:

„Je schneller die Reste des alten Parteilebens aus Deutschland verschwänden, um so besser sei es für unser deutsches Vaterland. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß es neben Hitlers Willen irgendwelchen Sonderwillen parteipolitischer Art gebe. Mit der Zerrissenheit der letzten vierzehn Jahre müsse bis zur letzten Konsequenz Schluß gemacht werden. Diese Konsequenz muß nach der Auffassung des nationalsozialistischen Oberpräsidenten auch das Zentrum ziehen. Er schreibt: „Auch das Zentrum müsse einsehen, daß es auf die Dauer als Partei nicht weiterbestehen könne. Das Schicksal, das der große Staatsmann Mussolini den Popolari bereitet habe, werde das Hitler-Deutschland dem Zentrum auch bereiten. Infamer als Brüning habe in den letzten vierzehn Jahren kein Mensch die NSDAP. beschimpft. In der parlamentarischen Demokratie habe das Zentrum das berüchtigte Zünglein an der Waage bilden können. „Es ist unser fester Wille, daß dieser Verschiebebahnhof der Politik endgültig abgerissen bleibt. Deutschland darf sich nie wieder Zentrums-Entscheidungen unterwerfen."

Eindeutig ist auch die Kampfansage des „Angriff" gegen das Zentrum.

„Es besteht, sagt das nationalsozialistische Blatt, der dringende unwiderlegbare Verdacht, daß wir es bei den Kräften, die ihren Widerstand gegen das neue Deutschland außerhalb der Reichsgrenzen einsetzen, nicht allein mit Sozialdemokraten zu tun haben. Das neue Deutschland wird solche Pfeile genau in die Richtung zurückzulenken wissen, aus der sie gekommen sind. Es wird dort, wo ihm die Schützen entgehen, den Köcher zu packen verstehen. Die alte schwarze Kunst in Ehren — aber sie ist heute sterblicher als einst — das deutsche Zentrum möge sich hüten, das neue Deutschland für sorglos zu halten, weil es Rücksichten nahm. Die Partei, die sich einmal eine Revolution entwinden ließ, war nicht die nationalsozialistische. Wenn das deutsche Zentrum nichts gelernt hat, wird es diesmal sein eigenes Unglück sein, nicht das des deutschen Volkes."

Schließlich sei auch noch vermerkt, daß auf der Führertagung der NSDAP., Rudolf Heß, der Stellvertreter Hitlers, ebenfalls von der NSDAP. als dem Stahlgerippe des neuen Staates sprach und erklärte, daß jeder Versuch des Marxismus, aufs neue sein Haupt zu erheben, radikal unterbunden werden müsse.

Zwischen Worten und Taten, zwischen Wollen und Können, besteht bekanntlich meist ein großer Unterschied. An dem Willen der Nazis zur Alleinmacht aber zu zweifeln, hieße den Kopf in den Sand stecken und die offenkundigsten Tatsachen mißachten.

Deutsche Freiheit!

Ein neues Kampfblatt der Sozialdemokratie.

Im Verlage der Volksstimme Saarbrükken ist am 20. Juni eine neue Tageszeitung erschienen, die den Titel trägt: „Deutsche Freiheit". Sie wird die einzige unabhängige Tageszeitung sein, die künftig auf deutschem Boden erscheint. Ihre Aufgabe ist, die antifaschistischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Reiches zu sammeln und den Kampf um die Freiheit Deutschlands und des deutschen Volkes insbesondere von seinen inneren Bedrückern energisch zu führen. Wir wünschen dem neuen Blatt, das auf heißumkämpften Boden erscheint, bei seiner schweren, aber großen Aufgabe den besten Erfolg.